

Offener Brief an die Abgeordneten des Saarländischen Landtages

Wir, die Unterzeichner - **Lehrerinnen und Lehrer der saarländischen Gymnasien** -, wenden uns angesichts der angestrebten bildungspolitischen Reformen im Saarland mit folgendem Offenen Brief an Sie:

Wir **unterstützen** die Aussagen des Koalitionsvertrages, dass eine „gute Bildung ... die entscheidende Voraussetzung für die individuelle Entwicklung unserer Kinder und Jugendlichen wie auch für die Zukunftsperspektive unseres Landes“ ist und dass der Wirtschaftsstandort Saarland bestmöglich qualifizierte Menschen (braucht), um im globalen Wettbewerb erfolgreich bestehen zu können.“

Auch die Ziele einer Entkoppelung von Bildungschancen und sozialer Herkunft, die Absicht die in den folgenden Jahren frei werdenden Lehrerstellen zur Qualitätsverbesserung zu nutzen, den Anteil der Ausgaben für Bildung und Wissenschaft am Landeshaushalt schrittweise auf 30% zu erhöhen und die Klassengrößen in allen Schulformen zu reduzieren, finden unsere volle Unterstützung und tragen auch in unserer Einschätzung zu einer wesentlichen Qualitätssteigerung des Bildungsstandortes Saarland bei.

Mit großer Sorge sehen wir jedoch - gerade vor dem Hintergrund der angesprochenen Notwendigkeit einer guten Bildung - der angedachten Schulstrukturreform entgegen.

Das angestrebte Zwei-Säulen-Modell mit einem G7-Gymnasium ohne verfassungsrechtlichen Schutz dient nach unserem Erachten den angestrebten Zielen nicht.

Wir bitten Sie, Folgendes zu bedenken:

1. Es gibt keinen wissenschaftlichen Beleg dafür, dass längeres gemeinsames Lernen zu besseren Ergebnissen führt. Sehr wohl gibt es aber empirische Belege dafür, **dass verlängerte Grundschulzeiten negative Effekte haben**. Als Konsequenz aus dieser Erkenntnis hat beispielsweise die CDU in Niedersachsen mit der Übernahme der Regierungsverantwortung die Orientierungsschulen abgeschafft.
2. Der Ansatz, soziale Disparitäten im deutschen Bildungssystem zu überwinden, indem man die Schulstruktur nach der Klassenstufe 4 reformiert, geht in die Irre: „Egal ob Gesamtschule, dreigliedriges Schulsystem oder eine auf sechs Jahre verlängerte Grundschulzeit - die soziale Herkunft bestimmt unabhängig vom Schulsystem immer mit, welche Schulabschlüsse, Ausbildungen und Berufe die Jungen und Mädchen am Ende erreichen.“ Zu diesem Ergebnis kommt der Pädagogikprofessor Helmut Fend nach umfangreichen empirischen Studien. **Will man Bildungschancen von sozialer Herkunft entkoppeln, muss man wesentlich früher ansetzen: im Vorschul- und Grundschulbereich**. Hier werden intensive Anstrengungen zum Erfolg führen, jenseits des 10. Lebensjahres kann nur noch wenig bewegt werden.
3. Im Übrigen, wohin würde eine solche Strukturreform führen?

Zu befürchten ist Folgendes: Gerade die bildungsnahen Schichten, die ihre Kinder vom ersten Lebenstag an massiv fördern von der musikalischen Früherziehung über einen frühen Kontakt mit Büchern bis hin zur Unterstützung sozialer und sportlicher Aktivitäten, weil sie ihnen möglichst weite Zukunftschancen eröffnen wollen; diese Eltern, die dafür erhebliche Kosten auf sich nehmen, die sie zurecht als **Investitionen** in die Zu-

kunft ihrer Kinder verstehen, werden diese dem öffentlichen Schulsystem entziehen, und der heute schon zu beobachtende Trend zur Privatschule wird zum Boom werden. Wer immer es sich leisten kann –und das sind wahrlich nicht die bildungsfernen Schichten- wird seine Kinder dorthin schicken.

Das öffentliche Einheitsschulwesen verkommt dann zu einer Art „Restschule“ mit dem Ergebnis einer **sozialen Spaltung im Bildungswesen**, wie sie diese Republik noch nicht gesehen hat.

4. Im Gegensatz zu den Beteuerungen des Koalitionsvertrages muss man davon ausgehen, dass die Streichung der namentlichen Nennung von Schulformen in der Saarländischen Verfassung faktisch eine **Aufgabe des verfassungsrechtlichen Bestandsschutzes des Gymnasiums** bedeutet (So die Einschätzung des Verfassungsrechtlers H. H. Klein in der SZ vom 4.11.2009). Damit wäre das Gymnasium im Saarland verfassungsrechtlich „sturmreif geschossen“ und könnte in Zukunft durch jede einfache Mehrheit im Parlament weiter reduziert oder ganz aufgelöst werden. Die verheerenden Folgen für den Bildungs-, Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort Saarland liegen auf der Hand.
5. Hinzu kommt: Mit der verlängerten Grundschulzeit und einem auf G7 reduzierten Gymnasium erhielte das Saarland ein **negatives Alleinstellungsmerkmal** in der Bundesrepublik. Dadurch würde Mobilität gebremst, das Saarland isoliert und der Wirtschaftsstandort dauerhaft geschwächt.

Mittelfristig steht damit zu befürchten, dass unser Bundesland endgültig zum **Absteigerland** wird.

Wir appellieren deshalb an Sie - die Abgeordneten des Saarländischen Landtages - der angestrebten Änderung der Saarländischen Landesverfassung **Ihre Zustimmung zu verweigern**. Sie sichern damit eine wesentliche Voraussetzung zur Weiterentwicklung „guter Bildung“ im Saarland und zur Zukunftsfähigkeit des Wissenschafts- und Wirtschaftsstandortes Saar: das grundlegende Gymnasium für die Klassenstufen 5 bis 12.